

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM, für 6 Monate 10,- RM, für ein Jahr 18,- RM. Einzelhefte 1,- RM. Zuständig: Wilsdruff, Postfach 10. Alle Postbestellungen, Vorkasse und sonstige Zusendungen zu jeder Zeit. Die Redaktion ist an der Adresse: Wilsdruff, Postfach 10. Die Redaktion ist an der Adresse: Wilsdruff, Postfach 10.



Wilsdruff, Postfach 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist an der Adresse: Wilsdruff, Postfach 10.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 136 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 13. Juni 1932.

Englisch-französisches Kompromiß?

Ein „Wunder von Lausanne“?

Jedesmal, wenn eine große internationale Konferenz heranrückt, möchte man vor allem als Deutscher wieder auf das große Wunder hoffen dürfen. Denn nur noch ein solches könnte die „Weltwende“ herbeiführen und wäre doch eigentlich gar kein Wunder! Nur der gesunde Menschenverstand müßte sprechen, und man sollte nur die Wirklichkeit einmal ungehemmt durch sogenannte politische Bedenklichkeiten sprechen lassen. So oft aber ist die Welt enttäuscht worden, so oft sind die Staatsmänner ergebnislos wieder nach Hause gefahren, daß man wirklich kaum noch hoffen kann. Und nach diesen Erfahrungen wäre es als ein „Wunder“ zu bezeichnen, wenn man in Lausanne zu dem Ergebnis kommt, auf das die Völker heute noch warten. Aber diese Gebuld ist bis zum Zerreißen gespannt.

Ganz ungeklärt ist ja die Lage, in die die Völker der Staaten- und Völkergeschichte nach Lausanne hineinfahren. Seitdem im Januar d. J. durch Zarbius Weigerung, zur bereits vereinbarten Konferenz nach Lausanne zu kommen, der erste Versuch gescheitert ist, aus den Feststellungen des Lausener Sachverständigenausschusses die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen, hat sich aber vieles geändert, oder vielmehr: hat sich alles weiterentwickelt. Der Selbstverständliche hat der englische Schatzkanzler Chamberlain in seiner großen Rede zum Stat vor dem Parlament ausgesprochen, als er sagte, die einfache Tatsache der Ausdehnung und Vertiefung der Wirtschaftsfache der Welt während der letzten Monate habe den Völkern einen „Sinn für die Wirklichkeit der Lage“ gegeben, den sie vielleicht vorher nicht besessen hätten. Und dabei brachte Chamberlain am Vorabend seiner Abreise nach Lausanne den bemerkenswerten Optimismus auf, zu sagen, es könne sich vielleicht herausstellen, daß Lausanne der Wendepunkt in der Geschichte Europas in diesen schweren Tagen sein werde. Allerdings hat er dann auch gleich die vorsichtige Einschränkung hinzugefügt, daß die Hoffnungen vielleicht auch — enttäuscht werden könnten.

Aber auch dann würde wohl Lausanne ein Wendepunkt in der Geschichte Europas, mindestens aber in der Geschichte Deutschlands sein.

Ist der Optimismus Chamberlains denn wirklich begründet? Wir Deutschen wissen ja nicht, was in den englisch-französischen Vorbesprechungen vereinbart worden ist und ob überhaupt eine Art von Einigung in Paris erzielt wurde. Man kann also nur vermuten, daß nichts entschieden, sondern nur alles — vertagt werden sollte. Chamberlains Optimismus scheint sich nur auf die Hoffnung zu stützen, die Franzosen würden sich mit der Tatsache abfinden, daß Deutschland nach dem 1. Juli, nach Ablauf des Hoover-Jahres, nicht zahlt, und das mag wohl auch in Lausanne geschehen; die Engländer werden wahrscheinlich irgendeine Formulierung vorbereitet haben dafür, wie nun die Anerkennung des Nicht-Zahlens ausgesprochen und festgelegt werden soll. Es wäre aber wirklich ein Wunder, wenn Macdonald den französischen Ministerpräsidenten auch nur zu dem Zugeständnis bringt, von Deutschland nicht die „prinzipielle“ Bereitwilligkeit für irgendwelche spätere Tributzahlungen zu verlangen. Haben doch die Engländer bisher selbst immer noch damit gerechnet, Deutschland werde bei einer späteren, vorläufig natürlich noch gar nicht möglichen und voraussehbaren „Endlösung“ doch irgendeine Zahlungsverpflichtung übernehmen können und übernehmen wollen. Es wäre mithin wohl mit dem Ziel der englischen Politik in Lausanne zu rechnen, daß diese heikle Frage einer späteren Verpflichtung inoffiziell, aber tatsächlich vertagt wird.

Allerdings würde darin ein völliges Beiseiteschieben des bekannten deutschen Standpunktes liegen. Natürlich werden die Franzosen irgend etwas dafür fordern, wenn sie ihren traffen Widerspruch gegen jede Änderung der „geheiligten“ Verträge nicht unbedingt geltend machen. Aber zu einer wirtschaftlichen Konzeption Deutschlands besteht ebensowenig irgendeine Möglichkeit wie für ein politisches Zugeständnis etwa jener Art, wie man es von Dr. Brüning vor einem Jahr in Paris verlangte. Vorläufig aber hat man von Paris aus wieder einmal Deutschland unter Druck zu setzen versucht. Und wieder einmal geht ein deutscher Reichskanzler den schwereren Gang zu einer Konferenz, von der wir das „Wunder“ zwar gern erhoffen möchten, aber kaum erhoffen können.

Tochter in Paris eingetroffen, wo er vom Ministerpräsidenten Herriot und dem englischen Vizekonsul Lord Tyrrell empfangen wurde.

Die politischen Besprechungen wurden am Sonnabend und Sonntag unter Teilnahme auch des französischen Finanzministers Martin geführt. Im Anschluß an diese Besprechung wurde folgende amtliche Verlautbarung herausgegeben:

Ministerpräsident Macdonald und Außenminister Sir John Simon hatten eine Besprechung mit dem französischen Außenminister Herriot und Finanzminister Germain Martin.

Die offiziellen und freundschaftlichen Besprechungen haben zu einer Übereinkunft geführt, die eine gerechte und wirksame Lösung für die Lausanner Konferenz und die Wiederherstellung des Vertrauens sowie die Aufrechterhaltung des Friedens unter den Völkern voraussehen lassen.

Newsporter Blättern zufolge soll Macdonald Herriot zum Ausgleich des französischen und britischen Standpunktes in der Tributfrage eine Ausdehnung des Hoover-Moratoriums für Kriegsschulden und Tribute um sechs Monate sowie die Überweisung deutscher Eisenbahnobligationen in ungenannter Höhe als endgültige Reparationszahlung vorgeschlagen haben.

Ein Plan des englischen Schatzkammers.

London, 12. Juni. Sunday Dispatch will von zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß das englische Schatzamt einen Plan für die wirtschaftliche Wiederherholung Europas

ausgearbeitet habe, der der Lausanner Konferenz vorgelegt werde. Dieser Plan sehe zwar ein Moratorium vor, andererseits aber auch eine Erklärung der auf der Lausanner Konferenz teilnehmenden Mächte zu Gunsten einer völligen Streichung der Kriegsschulden und Reparationen.

Hoover-Moratorium bis zum Jahresende.

Die Aussprache Macdonald-Herriot wird in Pariser politischen Kreisen lebhaft erörtert.

Nach den bis jetzt vorliegenden Informationen scheinen die Engländer in der Reparationsfrage ihren bisherigen Standpunkt auf vollkommene Streichung verlassen zu haben. Macdonald soll jedoch den lebhaften Wunsch geäußert haben, Frankreich möge zuerst auf den Restsaldo verzichten, um damit gegenüber Amerika eine Geste zu tun, die vielleicht zu einem gewissen Einsehen Amerikas in bezug auf die interalliierten Schulden führen könnte.

Einige Blätter glauben sogar zu wissen, daß sich England bereit erklärt habe, allen denjenigen Staaten die Schulden zu erlassen, die ihrerseits auf die deutschen Tributzahlungen verzichteten. Da sich jedoch Frankreich niemals hierzu bereit erklären würde, scheint man im Augenblick auf eine vorläufige Verlängerung des Hoover-Moratoriums bis Dezember hinzuwirken.

Während dieser Zeit soll ein besonderer Ausschuss damit beauftragt werden, diejenigen Mittel und Wege zu prüfen, die geeignet sind, entweder zu einem „System der endgültigen Regelung“ oder aber zu einer vollkommenen Abschaffung der Reparationen zu führen. Man hofft, auf diesem Wege gleichzeitig den Widerstand der Reichsregierung zu brechen, da die Türen für später offen geblieben seien.

Neue Richtung der Staatsführung.

Das Sozialprogramm der Reichsregierung.

Eine Kundgebung des Reichskanzlers.

Reichskanzler von Papen hielt bei der Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsvereins eine Ansprache, die die erste Rede des neuen Reichskanzlers vor der Öffentlichkeit ist. Unter großer Spannung erklärte v. Papen folgendes: „In einer der entscheidendsten Stunden der Nachkriegsentwicklung hat der Herr Reichspräsident mich zu dem neuen Amt berufen, und ich lege Wert darauf, zu betonen, daß die Bildung der neuen Regierung wenig zu tun hat mit dem gewöhnlichen üblichen Wechsel parlamentarischer Kabinette, sondern daß es sich hier um die Dokumentierung einer grundsätzlich neuen Richtung der Staatsführung selbstverständlich im Rahmen der Reichsverfassung handelt.“

Die unerhörte geistige und materielle Lage des deutschen Volkes verlangt eine Lösung der Regierungsführung aus den fesseln parteipolitischen Denkens und parteipolitischen Doktrinen. Sie verlangt eine Zusammenfassung aller Kräfte zur Wiedergeburt Deutschlands. Die Gesamtlage, welche die Regierung vorfindet — das ist, ich stelle es ausdrücklich fest, nicht die Schuld der letzten Regierung, die bemäht gewesen ist, eine klare Bilanz zu ziehen —, ist auf allen Gebieten fast verzweifelt. Die private Wirtschaft jeder Art, Landwirtschaft, Industrie, Handwerk, Handel, ist in einem Ausmaß zerstört, dessen Furchtbarkeit noch nicht entfernt erkannt ist. Die Wiederherstellung aber der wirtschaftlichen, finanziellen und nicht zuletzt der politischen Ordnung erfordert von der neuen Regierung ein sofortiges Anpassen der grundlegenden Probleme, deren Lösung allen Völkern zugleich

schwere persönliche Opfer, Entfagungen und Entbehrungen auferlegen wird. — Diese Opfer sind nicht vertretbar, und sie können psychologisch nicht gefordert werden, wenn es nicht gelingt, die dem deutschen Volke innewohnende ungeheure moralische Kraft offenkundig auf das eine große, gemeinsame Ziel zu lenken: die Wiedergewinnung der inneren und äußeren Freiheit und die Lebensmöglichkeit von Volk und Land.

Demgemäß muß und wird das Ziel dieser Regierung sein, eine neue, einheitliche Willensbildung

der Nation herbeizuführen. Zu diesem Ende hat die Regierung zunächst von dem Herrn Reichspräsidenten die Auflösung des deutschen Reichstages erbeten und erhalten. Sie ist der Ansicht, daß der neue Reichstag eine eindeutige Mehrheit für die Politik geistig-stiller Gesundheit, wirtschaftlicher Neuordnung auf christlicher, nationaler und sozialer Grundlage erbringen muß. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein Wort über die Auffassung der neuen Reichsregierung von Ihren sozialen Pflichten

sagen. Eine der unerfreulichsten Arten, das Ziel der neuen Regierung zu verfehlen, ist die Unterstellung, daß ihre Haltung unsozial sei. Wir sind der Ansicht, daß es verdammt worden ist, den Aufbau eines rein staatlichen Verhältnismäßigkeits seinem Umfang nach den wirtschaftlichen

Möglichkeiten anzupassen, die ein so verarmtes, wirtschaftlich darniederliegendes Land im Augenblick noch hat. Es ist aber auch ein grundlegender Irrtum, daß der omnipotente, unpersonliche Staat an die Stelle

der persönlichen Verpflichtung des Arbeitgebers treten könne. Die Verantwortlichkeiten, die aus der gottgewollten organischen Regelung der Dinge erwachsen, müssen wieder ausgerichtet, die Verbundenheit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder hergestellt werden. Gewiß hat angesichts der Größe und des Umfangs der Notlage unseres Volkes auch der Staat klare Verpflichtungen zu sozialer Hilfe, und die Regierung wird es als ihre vornehmste und ernsteste Pflicht betrachten, die dahingehenden Einrichtungen den notleidenden Volksgenossen auch über diese Krise hinweg zu erhalten.

Darüber hinaus aber sieht sie den besten Weg sozialer Fürsorge in dem Bestreben, alles zu tun, um durch einen organischen Umbau der Wirtschaft die Fehler des kapitalistischen Systems auszumerzen und den Volksgenossen Arbeit und Brot zu verschaffen.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat ist die Stelle, die aus den Erfahrungen bewährter landwirtschaftlicher Führer immer erneute Impulse für eine zielbewusste Agrarpolitik gegeben hat. Wir sind einig mit ihm in der Auffassung, daß

eine gesunde Landwirtschaft und die Liebe zur Scholle, mit der der deutsche Bauer so eng verwachsen ist, die Vorbedingung nicht nur der materiellen Ernährung, sondern mehr noch der geistigen Erneuerung des Landes sind, weil nur aus diesem Urquell der Verbundenheit mit Gott und seiner Schöpfung die neuen Kräfte wachsen können, deren die Nation heute bedarf. Eine gesunde Landwirtschaft aber ist auch ein dringendes nationales Erfordernis. Einmal gilt es, das letzte herzugeben, um Deutschlands heimische Ernährungsbasis zu erhalten, darüber hinaus aber verlangt die Lage in den Grenzgebieten Maßnahmen, die der Stärkung des nationalen Selbstbehauptungswillens dienen.

Eine klare, zielbewusste Agrarpolitik ist das Fundament jeder gesunden Entwicklung, die in sorgfamer Abwägung der Interessen auch der anderen Berufsstände der Gesamtheit der deutschen Wirtschaft gerecht wird.

Ich bitte Sie, in dieser Hinsicht den Kampf der Regierung für den seelischen und materiellen Ausdruck der Nation weiter zu unterstützen.



Reichskanzler von Papen spricht vor dem Landwirtschaftsrat.

Englisch-französische Einigung über Lausanne

Die Beratungen Macdonald-Simon-Herriot in Paris. Ministerpräsident Macdonald ist in Begleitung des Außenministers Sir John Simon und seiner